

Mitteilung des Senats vom 18. Dezember 2001

Funktionsfähigkeit der Staats- und Universitätsbibliothek sichern!

Die Bürgerschaft (Landtag) hat am 21. Juni 2001 den Antrag der Abgeordneten Dr. Hermann Kuhn, Dr. Helga Trüpel und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 5. Juni 2001 „Funktionsfähigkeit der Staats- und Universitätsbibliothek sichern!“ zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Wissenschaft überwiesen; der Antrag ist als Anlage 1 beigefügt.

Der Senat leitet entsprechend des Beschlusses der staatlichen Deputation für Wissenschaft vom 7. Dezember 2001 den in der Anlage 2 beigefügten Bericht „Funktionsfähigkeit der Staats- und Universitätsbibliothek sichern!“ mit folgendem Beschlussvorschlag an die Bürgerschaft (Landtag) weiter:

„Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt den Bericht der staatlichen Deputation für Wissenschaft zur Kenntnis, der sowohl die Schließung der Deckungslücke im Zeitschriftenetat der Staats- und Universitätsbibliothek in 2001 durch Sonderleistungen des Senators für Bildung und Wissenschaft, weitere Mittel der bremischen Hochschulen und durch Eigenleistungen der Staats- und Universitätsbibliothek beinhaltet als auch die mittelfristige Finanzierung der Staats- und Universitätsbibliothek darstellt.

Sie lehnt auf dieser Grundlage den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.“

Anlagen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**Funktionsfähigkeit der Staats- und Universitätsbibliothek sichern!**

Eine in Personal, Bestand, Anschaffungsetat und Technik ausreichend ausgestattete Bibliothek ist für die weitere Entwicklung des Wissenschaftsstandortes Bremen von grundlegender und unabdingbarer Bedeutung. „Ihre Ausstattung und Leistungsfähigkeit bestimmen auch die Leistungen der Hochschulen“ (Hochschulgesamtplan III).

Seit Jahren bleibt jedoch die Ausstattung der Staats- und Universitätsbibliothek (StuUB) hinter dem Ausbau der Hochschulen und der Forschung im Lande Bremen zurück. Gerade der Ausbau natur- und ingenieurwissenschaftlicher Studiengänge und Forschungsschwerpunkte zieht einen erhöhten Ausstattungsbedarf nach sich, vor allem bei internationaler Ausrichtung. Die modernen Formen der Informationsspeicherung und -vermittlung erhöhen gegenwärtig noch die Kosten, vor allem bei wissenschaftlichen Zeitschriften.

Tatsächlich aber ist in den letzten zehn Jahren der Beschaffungsetat für Bücher um 20 % gesunken; die Zeitspanne vom Erscheinen von Büchern bis zur Anschaffung wächst; in den letzten vier Jahren sind bereits Zeitschriften im Wert von 420.000 DM abbestellt worden. Insgesamt erreicht die Ausstattung der StuUB lediglich ca. 65 % der „Modell-Bibliothek“, die u. a. für Bibliotheken in den neuen Ländern errechnet worden ist.

In dieser chronischen Unterausstattung wird die StuUB von den Preissteigerungen bei wissenschaftlichen Zeitschriften in den letzten Jahren besonders hart getroffen. Um das nur hier aufgelaufene Defizit auszugleichen, benötigt sie für 2001 rund 2 Mio. DM. Der Senator für Bildung und Wissenschaft ist nur zu einer Nachbewilligung von 900.000 DM bereit. Das hätte u. a. die Abbestellung von wissenschaftlichen Zeitschriften im Wert von 550.000 DM zur Folge. Damit würde der für Bremen so wichtigen Entwicklung der Hochschulen schwerer Schaden zugefügt. „Die drohende Versorgungskrise der Bibliothek trifft die Substanz von Forschung und Lehre an unserer Universität“ (Rektorat, 11. April 2001).

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senator für Wissenschaft auf, unverzüglich die Deckungslücke der Staats- und Universitätsbibliothek Bremen für 2001 in Höhe von rund 2 Mio. DM aus Mitteln des Forschungsinfrastrukturplans und des ISP zu schließen.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senator für Wissenschaft auf, in Vorbereitung des Hochschulgesamtplanes IV ein Konzept vorzulegen, wie die Unterausstattung der Staats- und Universitätsbibliothek Bremen mittelfristig beseitigt wird, um ihre zentrale Rolle beim Weg in die Wissenschaftsgesellschaft in der Region wahrnehmen zu können.

Dr. Kuhn, Dr. Helga Trüpel,
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**Bericht der staatlichen Deputation für Wissenschaft
zum Antrag der Abgeordneten Dr. Hermann Kuhn, Dr. Helga Trüpel und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an die Bremische Bürgerschaft vom 5. Juni 2001**

„Funktionsfähigkeit der Staats- und Universitätsbibliothek sichern!“

Die Abgeordneten Dr. Hermann Kuhn, Dr. Helga Trüpel und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen haben beantragt:

„Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senator für Wissenschaft auf, unverzüglich die Deckungslücke der Staats- und Universitätsbibliothek Bremen für 2001 in Höhe von rund 2 Mio. Mark aus Mitteln des Forschungsinfrastrukturplans und des ISP zu schließen.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senator für Wissenschaft auf, in Vorbereitung des Hochschulgesamtplanes IV ein Konzept vorzulegen, wie die Unterausstattung der Staats- und Universitätsbibliothek Bremen mittelfristig beseitigt wird, um ihre zentrale Rolle beim Weg in die Wissensgesellschaft in der Region wahrnehmen zu können.“

Die Bürgerschaft (Landtag) hat den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Wissenschaft überwiesen.

Die Deputation für Wissenschaft hat in ihren Sitzungen im Juni, September und Dezember 2001 die Auswirkungen der Wechselkursschwankungen und der Preiserhöhungen auf den Zeitschriftenetat der Staats- und Universitätsbibliothek beraten und Möglichkeiten der mittel- und längerfristigen Absicherung des Etats der StuUB erörtert.

Sie hat den Sachstandsbericht des Senators für Bildung und Wissenschaft zur Zeitschriftenversorgung der bremischen Hochschulen durch die Staats- und Universitätsbibliothek und über die überregionalen Situation zur Kenntnis genommen und die eingeleiteten Maßnahmen zum Ausgleich des Defizits im laufenden Haushaltsjahr und für eine mittel- und langfristige Sicherung der Ausstattung der Staats- und Universitätsbibliothek gebilligt.

Die Deputation für Wissenschaft legt der Bürgerschaft (Landtag) folgenden Bericht vor:

1. Maßnahmen zum Ausgleich des laufenden Haushalts

Durch Sonderleistungen des Senators für Bildung und Wissenschaft und der bremischen Hochschulen sowie durch Eigenleistungen der Staats- und Universitätsbibliothek konnte erreicht werden, dass der Zeitschriftenetat im laufenden Haushaltsjahr ausgeglichen sein wird und ein Teil des von der Hochschule Bremerhaven gewährten Darlehens bereits in diesem Jahr zurückgezahlt werden kann. Das endgültige IST kann erst festgestellt werden, wenn zum Ende des Jahres alle Zeitschriftenabonnements abgerechnet sind. Die vorläufige Rechnung sieht wie folgt aus:

| | |
|--|--------------|
| Etatansatz im laufenden Haushaltsjahr für Wissenschaftliches Schrifttum (Print- und elektronische Medien, Sonderbedarfe) | 7.689.000 DM |
| davon stehen für Printzeitschriften regulär zur Verfügung | 3.752.200 DM |
| Sondermittel der Hochschulen nach Beschluss der Landesrektorenkonferenz ¹ | 350.000 DM |

¹ Vorlage für die Deputation Nr. L 163

| | |
|---|--------------|
| Sondermittel des Senators für Bildung und Wissenschaft ^{1,2} | 1.100.000 DM |
| Sondermittel der Universität Bremen ² | 200.000 DM |
| Eigenleistung der Staats- und Universitätsbibliothek ² | 200.000 DM |
| insgesamt zur Verfügung stehende Mittel | 5.602.200 DM |
| voraussichtliche Kosten, einschl. der Rechnungsüberhänge aus dem Vorjahr | 5.401.075 DM |

Aus dem verbleibenden Rest werden 200.000 DM an die Hochschule Bremerhaven zurückgezahlt. Die StuUB hat im Jahr 2001 im normalen Verfahren der Bestandsbereinigung über die Bibliothekskommission nach § 96 f Abs. 2 BremHG Zeitschriftenabonnements im Umfang von 375 TDM abbestellt.

2. Prognose

Die StuUB legt folgende Prognose für die Jahre 2002 bis 2004 vor:

| Jahr | Etatansatz für Wissenschaftliches Schrifttum (einschl. elektronischer Medien) | für Printzeitschriften verfügbare Summe (48,8%) | |
|--|---|---|--------------|
| 2002 | 9.135.000 DM | 4.918.700 DM | |
| + Etatserhöhung | | 100.000 DM | |
| Zwischensumme | | 5.018.700 DM | |
| Prognose Kosten für Printzeitschriften | | | 4.950.000 DM |
| Überschuss | | | 68.700 DM |
| erwartete Bestandsbereinigung | | | 180.000 DM |
| Rückzahlung Bremerhaven | | | 250.000 DM |
| 2003 | 9.660.000 DM | 5.174.900 DM | |
| + Etatserhöhung | | 100.000 DM | |
| Prognose Kosten für Printzeitschriften | | | 5.445.000 DM |
| Unterdeckung | | | -170.100 DM |
| erwartete Bestandsbereinigung | | | 170.000 DM |
| 2004 | 10.265.000 DM | 5.470.100 DM | |
| + Etatserhöhung | | 100.000 DM | |
| Prognose Kosten für Printzeitschriften | | | 5.989.500 DM |
| Unterdeckung | | | -419.400 DM |
| erwartete Bestandsbereinigung | | | 400.000 DM |

Bei dieser Prognose ist die StuUB von weiteren Preissteigerungen i. H. von jährlich 10 % und einem stabilen Wechselkurs ausgegangen. Sie legt als verfügbare Mittel die Etatansätze für 2002 und 2003 und die Ansätze in der Finanzplanung für 2004 zugrunde, die der Senator für Bildung und Wissenschaft noch einmal um jährlich 100 TDM erhöht³.

Die 2002 zu erwartenden Restmittel reichen nicht aus, um den verbleibenden Darlehensbetrag i. H. v. 250 TDM an die Hochschule Bremerhaven zurückzuzahlen.

Hierfür und zur Vermeidung der prognostizierten Unterdeckung auch in den Folgejahren ist die Kündigung weiterer Zeitschriftenabonnements erforderlich. Die StuUB hat bestätigt, dass Bestandsbereinigungen in dieser Größenordnung zu den regulären Aufgaben im Rahmen der Bestandspflege der Bibliothek gehören und ohne große Beeinträchtigung des Wissenschaftsbetriebs vorgenommen werden können, zumal sie in enger Abstimmung mit der Bibliothekskommission vorgenommen werden.

2 Vorlage für die Deputation Nr. L 185

3 Hinweis: In den Haushaltsentwürfen für die Jahre 2002/03 wurde bereits eine Erhöhung des Zuschusses für das wissenschaftliche Schrifttum um 0,9 Mio. DM berücksichtigt.

Dieses Gremium, in dem Fachvertreter aller Hochschulen Mitglied sind und an dessen Beratungen die Rektoren sowie die Kanzler der Hochschulen teilnehmen, wird sich am 4. Dezember d. J. mit der mittelfristigen Planung des Zeitschriftenetats befassen und dabei das derzeitige Etatverteilungsmodell sowie das Verfahren bei der Abbestellung von Zeitschriften überprüfen und erforderlichenfalls modifizieren.

Die Prognosedaten werden in die Erstellung des HGP IV einfließen, so dass die Erwerbungs Mittel ab 2005 in einer Höhe veranschlagt werden, die dem Bedarf der Hochschulen entspricht. Weiterhin wird die StuUB neben den regulären Maßnahmen zur Erwerbungs koordinierung und Bestandsbereinigung neue Konzepte der Zeitschriftenversorgung in regionaler und überregionaler Zusammenarbeit verfolgen.

Es kann festgestellt werden, dass damit die Versorgung der Hochschulen mit wissenschaftlichem Schrifttum sichergestellt ist. Es konnte ein Ausgleich des Etats der StuUB erreicht werden und das Darlehen der Hochschule Bremerhaven wird rechtzeitig zurückgezahlt.

3. Elektronische Medien

Die StuUB bietet Informationen in elektronischer Form für alle Hochschulstandorte an. Die Erwerbungskosten werden aus den Mitteln für das wissenschaftliche Schrifttum getragen und wurden dort bisher dem Zeitschriftenetat zugerechnet, da es sich in der Hauptsache um Abonnements elektronischer Zeitschriften handelt. Auch damit wurde die besondere Steigerung der Mehrkosten begründet. Die wachsende Akzeptanz der neuen Informationstechnologien erhöht die Anforderungen an die Bibliothek und erfordert einen kontinuierlichen Ausbau des sich durch hohe Aktualität auszeichnenden Angebots im Bereich der elektronischen Zeitschriften, der Datenbanken und weiterer elektronischer Publikationen, die im Wissenschaftsbetrieb eine zunehmend große Rolle spielen. Damit entspricht die Bibliothek den in diesem Jahr vom Wissenschaftsrat vorgelegten „Empfehlungen zur digitalen Informationsversorgung durch Hochschulbibliotheken“, dies ist aber auch mit weiteren Kostensteigerungen verbunden. Die StuUB stellt dar, dass sich ihre Ausgaben hierfür von 185 TDM in 1995 auf etwa 800 TDM in 2001 erhöht haben, dies entspricht einer Steigerung um etwa 300 %. Die Bibliothek geht von einer jährlichen Zuwachsrate für elektronische Publikationen von 10 % aus, so dass in 2004 der finanzielle Aufwand bei ca. 1,0 Mio. DM liegen wird. Diese Kosten sind in der Kostenrechnung und den Prognosedaten für den Zeitschriftenetat nicht mehr berücksichtigt, aber im Gesamtetat für das wissenschaftliche Schrifttum enthalten.

Die Bibliothek ist bemüht, die Kostensteigerung durch Mischfinanzierungen in enger Zusammenarbeit mit einzelnen Fachbereichen der Universität und durch Beteiligung an regionalen und überregionalen Konsortien aufzufangen.

4. Situation in den anderen Bundesländern

Zur Erhebung des Sachstandes wurde eine Länderumfrage durchgeführt. Die Ministerien haben in großer Übereinstimmung geantwortet, dass die Hochschulen und damit die Bibliotheken gezwungen sind, die zusätzlichen Kosten durch Abbestellaktionen aufzufangen.

Gezielte Stützmaßnahmen zum Ausgleich der Wechselkursschwankungen und der Preiserhöhungen haben lediglich Bayern mit 11,7 Mio. DM und Hamburg mit 850 TDM vorgenommen; das saarländische Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft hat ab 2001 den Etat der Universitäts- und Landesbibliothek aus Landesmitteln generell um 1 Mio. DM erhöht.

Von einigen Bibliotheken ist der Umfang der vorgenommenen Abbestellungen bekannt, so hat z. B. die Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg für das Bibliotheks- und Informationssystem im Jahr 2001 Zeitschriftenabonnements für etwa 200 TDM abbestellt, die Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg für 542 TDM und die Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen für 400 TDM. Bei einer Bewertung dieser Zahlen ist jedoch zu bedenken, dass es sich um verschiedene Bibliothekssysteme handelt und die Bibliotheken nach Bestand und Nutzerauf-

kommen unterschiedlich sind; aussagefähige Vergleiche lassen sich nur in einem aufwändigen Verfahren unter Berücksichtigung der verschiedenen Basisdaten anstellen.

Drei Bundesländer haben zur Unterstützung innovativer Entwicklungen zentrale Bibliotheksfonds eingerichtet. Diese gezielte Förderung von Reformprojekten in den Ländern Baden-Württemberg (1,8 Mio. DM), Hessen (2,5 Mio. DM jährlich) und Nordrhein-Westfalen (jährlich 5 % des Erwerbungssetats) kommt indirekt den Bibliotheksetats zugute. Niedersachsen plant ein Projekt „Anschub des Strukturwandels zur elektronischen Zeitschriftenversorgung“ aufzulegen und mit Fördermitteln zu hinterlegen, die Übertragbarkeit der Ergebnisse auf die Bibliotheken des „Gemeinsamen Bibliotheksverbundes“ wird Bestandteil des Projekts sein und damit auch auf die bremische Situation Einfluss haben.

5. Überregionale Gremienarbeit

Die Hochschulrektorenkonferenz beabsichtigt eine Arbeitsgruppe einzurichten, die das Modell einer bundesweiten Konsortialstruktur für die preisgünstige Beschaffung und Bereitstellung wissenschaftlicher Information ausarbeiten und mittel- und längerfristige Strategien zur Überwindung der Etatkrise der wissenschaftlichen Bibliotheken entwickeln soll. Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Bibliotheken“ der Kultusministerkonferenz wurde gebeten, hier mitzuwirken.

Die Arbeitsgruppe „Bibliotheken“ hat eine Ad-hoc-AG „Bibliothekskrise“ eingesetzt und beauftragt, Ziele und prioritäre Handlungsfelder zu benennen. Sie beabsichtigt, sich anhand der Ergebnisse der Ad-hoc-AG auf der nächsten Sitzung im November d. J. auf ein gemeinsames weiteres Vorgehen zu einigen. Der Senator für Bildung und Wissenschaft wird diese überregionalen Entwicklungen verfolgen, die Ergebnisse auswerten und ggf. in modifizierter Form übernehmen. Als Mitglied in der AG Bibliotheken wird Bremen die Erfahrungen der StuUB einbringen und gemeinsam mit den anderen Ländervertretern Maßnahmen einleiten, die die Position der wissenschaftlichen Bibliotheken stärken.

6. Beschlussvorschlag

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt den Bericht der staatlichen Deputation für Wissenschaft zur Kenntnis, der sowohl die Schließung der Deckungslücke im Zeitschriftenetat der Staats- und Universitätsbibliothek in 2001 durch Sonderleistungen des Senators für Bildung und Wissenschaft, weitere Mittel der bremischen Hochschulen und durch Eigenleistungen der Staats- und Universitätsbibliothek beinhaltet als auch die mittelfristige Finanzierung der Staats- und Universitätsbibliothek darstellt.

Sie lehnt auf dieser Grundlage den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

Jäger
Sprecher

Lemke
Vorsitzender

der Deputation für Wissenschaft